

AIA unter Dach und Fach Zeit der schwarzen Listen ist vorbei

VADUZ Nachdem der Landtag am Donnerstag das Gesetz über den Automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen verabschiedet hat, folgte gestern noch ein Änderungsprotokoll zum bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und der EU, das zu einem AIA-Abkommen umgestaltet wurde. Es enthält zwei Kernelemente: Einerseits den gegenseitigen automatischen Informationsaustausch nach dem OECD-Standard und andererseits den Informationsaustausch auf Ersuchen. Auf Antrag von Regierungschef Adrian Hasler wurde dieses Änderungsprotokoll gestern sogleich in zweiter Lesung behandelt und vom Landtag einstimmig verabschiedet. «Zweifelloos ist dieses Abkommen ein wichtiger und wesentlicher Meilenstein in der internationalen Steuerkooperation Liechtensteins», kommentierte der FBP-Abgeordnete Alois Beck. Damit werde die Wettbewerbsfähigkeit und die Reputation des Finanzplatzes erhalten und verbessert. «Liechtenstein erfüllt mit diesem Abkommen seine politische Verpflichtung zur AIA-Umsetzung nach dem Early-Adopters-Fahrplan», betonte Regierungschef Adrian Hasler. Gleichzeitig könnten mit dem Änderungsprotokoll noch bestehende steuerliche Diskriminierungen und schwarze Listen von einigen EU-Staaten beseitigt werden. (df)

Post-PUK: «Dilettantisch» und «lausig» vorbereitet



Mit dem Vorgehen der DU-Fraktion zeigte sich Elfried Hasler (FBP) nicht zufrieden. Er stellte einen Antrag, damit die PUK regelmässig Bericht erstattet. (Foto: Michael Zanghellini)

Post-Debakel Es wird eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Millionenverlust der Liechtensteinischen Post geben. Das hat der Landtag gestern am späten Abend beschlossen. Die DU-Fraktion musste jedoch heftige Kritik einstecken.

VON DORIS QUADERER

«**W**ollen Sie wirklich eine PUK oder ist das nur eine Schaubühne und bewusst so dilettantisch aufgeleitet, damit der Landtag Nein sagt?», fragte Regierungschef Adrian Hasler die Abgeordneten der Unabhängigen (DU) und kritisierte, dass die DU-Fraktion sich nicht an die gesetzlich vorgegebenen Formalitäten gehalten habe. Denn obwohl die DU vor Wochen eine PUK angekündigt habe, stehe der Auftrag erst seit diesem Dienstag den Abgeordneten zur Verfügung. Ausserdem seien weder eine fristgerechte Traktandierung noch die gesetzlich vorgesehene Stellungnahme der Regierung möglich gewesen. Der Regierungschef fragte sich daher, ob die DU-Fraktion eigentlich schon wisse, mit welchem parlemen-

tarischen Instrument sie hier arbeite. «Bei einer PUK handelt es sich um ein mächtiges Instrument mit weitreichenden Befugnissen.»

PUK hat Kostenfolgen

Auch vonseiten der VU-Fraktion hagelte es Kritik in Richtung der Unabhängigen. Deutliche Worte fand die VU-Abgeordnete Judith Oehri: «So lausig wie die Präsentation der PUK ist, so lausig wird sie auch werden!» Christoph Wenaweser, Fraktions-sprecher der VU stellte klar: «Es kann nicht einfach ein bisschen PUK geben.» Eine parlamentarische Untersuchungskommission sei eine seriöse Aufgabe. So könnten die Mitglieder einer PUK beispielsweise Auskunftspersonen befragen, Zeugen vernehmen und Akteneinsicht verlangen. Es habe bereits solche Untersuchungskommissionen gegeben, beispielsweise für die Kärgung einer Krise bei der Landespolizei im Jahr 1999. Diese PUK habe dann aber fast zwei Jahre getagt. Christoph Wenaweser gab ausserdem zu bedenken, dass eine solche umfassende Untersuchung auch Kosten nach sich ziehen werde.

Verschiedene Abgeordnete warfen daher auch die Frage auf, ob denn nicht eine Geschäftsprüfungskommission, eine sogenannte GPK, aus-

reichend für die Klärung des Post-Debakels wäre? Alois Beck von der FBP kam hier jedoch zum Schluss, dass eine solche GPK relativ rasch an ihre Grenzen stossen würde. Es sei nicht ganz klar, ob eine GPK auch ehemalige Organe der Post befragen dürfe. Hier seien mit einer PUK deutlich mehr Möglichkeiten gegeben. Zu einem ähnlichen Befund kam sein Parteikollege Elfried Hasler.

Im Post-Wirrwarr herumstochern

Auch die Freie Liste Fraktion liess kein gutes Haar an den PUK-Vorschlägen der Unabhängigen. «Mich beschleicht das Gefühl, dass sie einfach ein bisschen im Post-Wirrwarr herumstochern wollen und im «Hoi Du» dann darüber berichtet wird. Dafür ist eine PUK nicht da. Formulieren Sie doch einen klaren Auftrag», forderte der FL-Abgeordnete Thomas Lagerer. Der stellvertretende DU-Abgeordnete Thomas Rehak wehrte sich gegen die Kritik und

«Es kann nicht einfach ein bisschen PUK geben.»

CHRISTOPH WENAWESER
FRAKTIONSSPRECHER VU

warf den anderen Parteien vor, Parteipolitik zu betreiben. Schliesslich sei der Wahlkampf nicht mehr weit, stellte Rehak fest. «Sie verlangen Professionalität? Das hängt davon ab, wen sie in die PUK berufen. Das einfach so bequem auf uns abschieben, so leicht geht das nicht», konterte Rehak.

Neuorganisation

Justizverwaltung wird gestrafft

VADUZ Der Landtag hat in erster Lesung einige Neuerungen der Gerichtsorganisation beraten. Für den Vorsitzenden des Kriminalgerichts soll es nunmehr einen Stellvertreter geben, die Institution des nebenamtlichen Richters wird abgeschafft. Die Bestellung von zwei Stellvertretern für den Obergerichtspräsidenten hat sich dagegen als sinnvoll erwiesen, weshalb auch für den Landgerichtspräsidenten und den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes eine doppelte Stellvertretung vorgesehen wird. Zudem können künftig die vollamtlichen Richter ihre Anwesenheit im Amt nicht mehr uneingeschränkt selbst gestalten. Entsprechende Regelungen sollen - wie auch in Bezug auf die Ferienplanung der vollamtlichen Richter - vom jeweils zuständigen Gerichtspräsidenten mittels Dienstanweisung vorgegeben werden können. Einige Abgeordnete sprachen sich dafür aus, aus der Kann- eine Muss-Regelung zu machen, um die Führungsverantwortung des Gerichtspräsidenten zu stärken. (jm)

Geldwäscherei

Schwere Steuerdelikte werden Vortaten

VADUZ Der Landtag verabschiedete am Freitag in erster und zweiter Lesung eine Erweiterung des Geldwäschereiparagrafen, wonach nun nach einer Empfehlung der FATF auch schwere Steuerdelikte als Vortaten zur Geldwäscherei gelten sollen. Die Vorlage betrachtet im Einklang mit nationalem Recht Steuerbetrug und qualifizierte Steuerhinterziehung als solche schweren Delikte. Die Abgeordnete Helen Konzett Bargetze kritisierte im Namen der Freien Liste, dass die Vorlage nicht weit genug gehe und zum Beispiel keine Steuerhinterziehung in Millionenhöhe erfasse. Auch die Staatsanwaltschaft und die FMA hätten in der Vernehmlassung grosse Bedenken gegenüber dem Gesetzesentwurf geäussert. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer entgegnete, dass die Vorlage FATF-konform sei. Geldwäscherei beziehe sich hauptsächlich auf Vermögenswerte, die aus Verbrechen stammten. Liechtenstein bekämpfe internationale Steuerdelikte ohnehin mittels automatischem Informationsaustausch und Amtshilfe. (jm)

FBP-TERMINE

FBP

LIECHTENSTEIN

FBP Schaan und Planken 4. Seniorentreff

Wann
Dienstag, 17. November,
17.30 Uhr

Wo
Dreischwesternhaus, Planken

Thema
Aktuelles aus der Landes- und
Gemeindepolitik

FBP Eschen-Nendeln, Gamprin-Bendern, Ruggell und Schellenberg Info-Veranstaltung KVG - Kernpunkte und Eckwerte

Wann
Dienstag, 17. November, 19 Uhr

Wo
Gemeindsaal, Gamprin

FBP Vaduz, Schaan und Planken Informationsveranstaltung zur KVG-Revision

Wann
Donnerstag, 19. November,
19 Uhr

Wo
Kellertheater, Vaduzer Saal

FBP Vaduz Mausi's Marroni Plausch

Wann
Sonntag, 29. November, 18 Uhr

Wo
Rathausplatz, Vaduz (Vaduz
on Ice)

Kontakt

E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Die Gemeinde Eschen begrüssst Belebung des «Hagen-Huuses»

Baufällig Wie weiter mit dem Nendler Hagen-Haus? Die Gemeindevorstellung sieht zwar Handlungsbedarf, da sich das Gebäude aber in Privatbesitz befindet, gilt es abzuwarten.

VON HANNES MATT

Es bröckelt weiter vor sich hin: Das vor rund 180 Jahren im klassizistischen Biedermeierstil erbaute und seit 27 Jahren unter Denkmalschutz stehende «Hagen-Huus» in Nendeln. «Das Gebäude ist unbestritten - nicht nur aus kulturhistorischer Betrachtung - ein interessantes Haus, sondern auch in baugeschichtlicher Hinsicht eine interessante Hofstätte», führt der Gemeindevorsteher Günther Kranz auf «Volksblatt»-Anfrage aus. «Dieses Haus soll aufgrund von baugeschichtlichen Untersuchungen im Jahre 1837 erbaut worden sein und bis heute keine grösseren Eingriffe erfahren haben. Es ist also

weitestgehend in seinem Ursprung erhalten geblieben.» Mit einem kurzen Film hat der Freundeskreis «Hagen-Haus Nendeln» um Rechtsanwalt Walter Matt vergangene Woche auf den andauernden Stillstand zur Restaurierung hingewiesen - es muss etwas getan werden. Das sieht auch der Gemeindevorsteher so: «Es ist augenfällig, dass das Hagen-Haus einer Sanierung bedarf.» Das Hagen-Haus stehe unter Denkmalschutz, jedoch sei die Gemeinde nicht Eigentümerin der Liegenschaft, wie oft angenommen werde. Wird die Vorsteherung Eschen-Nendeln trotzdem von sich aus aktiv werden? «Die Gemeinde verfeinert und überprüft die Immobilienstrategie die gemeinde-

«Es ist augenfällig, dass das Hagen-Haus einer Sanierung bedarf.»

GÜNTHER KRANZ
VORSTEHER VON ESCHEN

eigenen Liegenschaften kontinuierlich. Über Privateigentum können wir jedoch nicht verfügen», gibt Vorsteher Günther Kranz Antwort. «Der Freundeskreis «Hagen-Haus Nendeln» wird uns vermutlich zu geeigneter Zeit kontaktieren.»



Das 1837 von Baumeister Joseph Anton Seger aus Vaduz im Auftrag von Alois Schlegel und Dominik Öhri erbaute «Hagen-Huus» in Nendeln. (Foto: ZVG)

«Nutzung als Aufwertung für Nendeln

Einer öffentlichen Nutzung ist die Gemeinde indes nicht abgeneigt, wie Kranz weiter ausführte: «Sollten

sich Nutzer finden lassen, so wäre dies für das Dorf Nendeln eine Aufwertung. Der Freundeskreis wird sich einer dem Hause dienenden Nutzung annehmen. Die Wiederbelebung dieses Hauses wäre zu begrüssen.» Der Freundeskreis wird sich in Kürze in einem Verein formieren - dann kann jeder mit Ideen, Meinungsbildung und sonstiger, auch finanzieller, Unterstützung an der Zukunft des Hagen-Hauses mitwirken.